



Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Ortsteilbürgermeister
- 0 Budget 2019
- 0 Autofreier Hauptplatz
- 0 100 Jahre KPÖ

NACHRICHTEN

Informationsblatt der steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 18A041515 E AufgabePA: 8720

Information & Diskussion

Claudia Klimt-Weithaler,

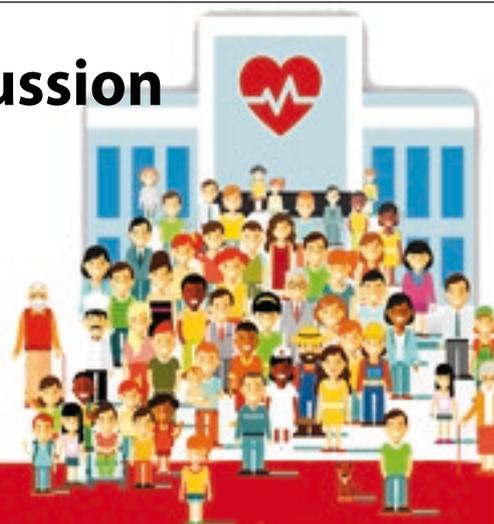
Klubobfrau der KPÖ im Landtag

Martin Schriebl-Rümmele

Gesundheits- und Wirtschaftsjournalist

Dr. Heimo Korber

Allgemeinmediziner und Gemeindearzt



Unser krankes Gesundheitssystem

Mo. 28. 1. 2019, 19:00 Uhr

Neues Volkshaus, Hans-Resel-Gasse, Knittelfeld

Wir laden herzlich ein



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Sylvia Lammer



Elvir Kujovic



**Wir wünschen allen Knittelfelderinnen
und Knittelfeldern alles Gute für 2019
Gesundheit, soziale Sicherheit und Frieden!**

Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Knittelfeld





Was hat die KPÖ zum Thema Gesundheit zu sagen?

Die KPÖ-Steiermark hat die Gesundheitsversorgung genau unter die Lupe genommen. Wir zeigen auf was gut läuft, aber auch wo die Probleme liegen. Und wir machen auch konkrete Lösungsvorschläge.

Nebenstehende Broschüre enthält eine Kurzfassung unserer Vorstellungen. Wir schicken sie gerne zu. Bestellungen an:

**KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,
8720 Knittelfeld, Tel.: 03512/82240**

P.S.: Zu dieser Broschüre gibt es auch eine Langfassung. Sie ist unter:
www.kpoe-steiermark.at/gesundheitspapier.phtml erhältlich.

Wir schicken sie ebenfalls gerne zu. Außerdem wir laden Sie zu unserer Diskussionsveranstaltung am 28. Jänner herzlich ein!

Braucht Apfelberg einen Ortsteilbürgermeister?

Die Fusion zwischen Knittelfeld und Apfelberg hat bei vielen ApfelbergerInnen keine Begeisterungstürme ausgelöst. Es wurde eine Fusionsvereinbarung ausverhandelt. Die Schaffung eines Ortsteilbürgermeisters ist Teil dieser Vereinbarung. Reinhard Schrotter wurde in diese Funktion gewählt.

Schon öfter wurden wir angesprochen, ob Apfelberg einen eigenen Ortsteilbürgermeister braucht. Wir können das nicht beurteilen. Das können nur die ApfelbergerInnen wissen. Deshalb sind wir dafür, rechtzeitig vor den kommenden Gemeinderatswahlen im Ortsteil Apfelberg eine BürgerInnenbefragung abzuhalten. Dann können die ApfelbergerInnen selbst entscheiden.

Will die Mehrheit einen Ortsteilbürgermeister, soll er wieder bestellt werden. Wird das mehrheitlich abgelehnt, sollte der eingesparte Betrag (der Ortsteilbürgermeister bekommt einen monatlichen Bezug, rund 1.040 Euro brutto, 14 mal im Jahr) zweckgebunden für Apfelberg verwendet werden.

Wir haben diese Idee in der letzten Gemeinderatsitzung eingebracht und die anderen Fraktion gebeten darüber nachzudenken. Unsere Idee richtet sich nicht gegen die Person des jetzigen Ortsteilbürgermeisters. Wir sind lediglich der Meinung, dass die ApfelbergerInnen diese Frage selbst entscheiden sollten.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Aus dem Gemeinderat

Umweltschonende Unkrautvernichtung

Im außerordentlichen Haushalt sind 45.000 Euro für eine neue Unkrautvernichtungsmaschine eingeplant. Vor einiger Zeit haben wir mit Umweltreferentin GR Martina Stummer über Möglichkeiten, weniger Unkrautvernichtungsmittel einzusetzen gesprochen. Dabei hat sie vom möglichen Ankauf dieser Maschine, die mit heißem Wasser arbeitet, berichtet. Wir finden diese Investition sehr positiv.

Neue Projekte in Planung?

In der letzten Gemeindeversammlung wurden den KnittelfelderInnen einige neue Projekte, wie ein Haus der Kunst oder eine Neugestaltung des Parkhauses und des City-Kaufhauses präsentiert. KPÖ-GR Sylvia Lammer hat in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt, ob es sich um konkrete Projekte und Planungen oder um Visionen für unsere Stadt handelt.

Trotz weitschweifiger Erklärungen und mehrmaligem Nachfragens - auch von anderen GemeinderätInnen, war es nicht möglich dem Bürgermeister eine konkrete Antwort zu entlocken.

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan der Gemeinde für 2019 wurde beschlossen. Die KPÖ hat nicht mitgestimmt. Nicht, weil wir gegen die Beschäftigten der Gemeinde sind, sondern weil darin auch die Vollarstellung des Bürgermeisters als Controller und Projektmanager bei der Gemeinde enthalten ist. Eine 100-prozentige Anstellung auf der Gemeinde ist für uns mit der bezahlten Funktion eines Knittelfelder Bürgermeisters unvereinbar.

Tagesordnungsmarathon

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden 91 Tagesordnungspunkte in der öffentlichen und fünf in der nicht-öffentlichen Sitzung, sowie zwei Dringlichkeitsanträge behandelt. Solche Tagesordnungsmarathons widersprechen unserem Demokratieverständnis.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.

Warum kein autofreier Hauptplatz?

Nun wird langsam erkennbar, wie der neue Hauptplatz aussehen wird. Damit wird auch deutlich, dass die parkenden Autos und der Durchzugsverkehr störend sind.

Wir wurden schon öfter angesprochen, warum der Hauptplatz nicht autofrei ist. Auch den Kinderspielplatz gegenüber den parkenden Autos ist wegen der Gefährdung und der Abgase keine gute Lösung.

Darüber wurde in der letzten Gemeinderatssitzung heftig diskutiert. Die ÖVP hat einen Antrag für einen autofreien Hauptplatz eingebracht und auch die KPÖ hat diese Fragen angesprochen. Der Bürgermeister war wenig erfreut darüber. Letztlich hat man sich darauf geeinigt, diese Fragen nach der Fertigstellung des Hauptplatzes neu zu betrachten.

Nachtrag zum autofreien Hauptplatz

Leider war der Gemeinderat in die Entscheidung, ob der neue Hauptplatz autofrei wird, nicht eingebunden. Erst im Zuge der Präsentation der vier Wettbewerbsprojekte haben wir erfahren, dass die Architekturbüros die Vorgabe hatten einen Hauptplatz mit Durchzugsverkehr zu planen.

Wir haben daraufhin um eine Besprechung mit allen Gemeinderatsfraktionen gebeten. Diese wurde durchgeführt. Dort haben wir die Meinung vertreten, dass über die wichtige Entscheidung, ob der Hauptplatz autofrei wird, breit diskutiert werden müsse.

Auf diesen Vorschlag - und andere Bedenken - wurde nicht eingegangen. Die Pläne des neuen Hauptplatzes wurde nie in einer öffentlichen Versammlung präsentiert. Die KnittelfelderInnen hatten nie Gelegenheit öffentlich darüber zu diskutieren. Wer Entscheidungen ohne Bevölkerung und Gemeinderat trifft, braucht sich über Kritik nicht zu wundern.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Montag, 7. Jänner 2019

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 11.00 bis 13.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Ein Spielplatz neben parkenden Autos ist keine gute Lösung

Außensicht

Ich komme aus dem Burgenland und war in Halbturn eine Periode lang Gemeinderat der SPÖ-Fraktion. Nun hat es mich ins Aichfeld verschlagen. Als kommunalpolitisch interessierter Mensch ließ ich es mir nicht nehmen die Gemeindeversammlung in Knittelfeld zu besuchen.

Schon zu Beginn war ich sehr überrascht, nämlich darüber, dass ein professioneller Moderator und nicht der Bürgermeister die Versammlung leitete. So ein Ablauf war mir bis dahin unbekannt.

Nach dem Gesetz wird eine Gemeindeversammlung vom Bürgermeister eröffnet und geleitet, nicht von einem Moderator. Das steirische Volksrechtsgesetz sieht die Versammlung zur Kommunikation zwischen Bevölkerung und Gemeindeverwaltung vor. Schon die Verankerung der Gemeindeversammlung im Volksrechtsgesetz zeigt, dass eine Gemeindeversammlung ein Instrument der direkten Demokratie sein soll.

Über das Haus der Vereine und den Hauptplatz wurde berichtet. Aus meiner Sicht muss die Gemeindeversammlung aber auch ein Ort sein, an dem sich die BürgerInnen aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen können und Gelegenheit haben öffentlich das Wort zu ergreifen. Das war aber nicht der Fall.

Was mir zum Inhalt der Versammlung aufgefallen ist, ist der Fokus auf die Wirtschaft. Viele der gezeigten Visionen, vom City-Kaufhaus bis zum Parkhaus, waren vor allem im Interesse der Wirtschaft. Das hätte ich von einem sozialdemokratischen Bürgermeister so nicht erwartet.

Ich schreibe diese Betrachtung um einen Denkanstoß zu geben. Vielleicht kann ich damit dazu beitragen, dass die Knittelfelder BürgerInnen bei der nächsten Gemeindeversammlung die Möglichkeit haben zu Wort zu kommen.

Josef Meszlenyi

Budget 2019:**Viel Geld für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit**

Die KPÖ hat das Budget für das Jahr 2019 abgelehnt. Zum einem als politischer Protest gegen die herrschende neoliberale Finanzpolitik. Aber wir sind auch mit einigen Entwicklungen in der Gemeinde Knittelfeld nicht einverstanden.

Knapp Zweidrittel unserer Staatseinnahmen stammen aus der Besteuerung des Faktors Arbeit und 27 Prozent kommen aus Konsumsteuern. Lediglich acht Prozent kommen aus der Besteuerung von Gewinnen und kümmerliche vier Prozent aus der Besteuerung von Vermögen. Das bedeutet, dass sich die Knittelfelder-Innen alle Leistungen, die sie von Bund, Land und auch von unserer Gemeinde erhalten, im wesentlichen selbst bezahlen.

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben Österreich zum Steuerparadies für Reiche gemacht. In diesem Finanzrahmen sind auch die Gemeinden eingebunden. Es fehlen die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen.

Zum Knittelfelder Budget:

Die Kosten der Großprojekte (Haus der Vereine, Hauptplatz) hinterlassen ihre Spuren. So wird für 2019 nur mehr ein Überschuss von 73.000 Euro erwartet. Im Jahr 2015 hatten wir noch einen Gesamtüberschuss von rund 450.000 Euro, 2016 waren es rund 920.000 Euro. Im Jahr 2017 gab es zum ersten Mal ein Minus von 87.000 Euro. Laut mittelfristigem Finanzplan rechnen unsere Gemeindeverantwortlichen auch in den kommenden Jahren nur mehr mit geringen Überschüssen.

Neue Projekte gut überlegen

Deshalb hat es uns überrascht, dass bei der Bürgerversammlung neue Projekte, wie ein Haus der Kunst, eine Neugestaltung des Parkhauses oder des Citykaufhauses vorgestellt wurden. Derzeit herrscht eine gute Konjunktur und die Kreditzinsen sind niedrig. Das Platzen neuer Finanzblasen und die nächste kapitalistische Wirtschaftskrise sind aber nur eine Frage der Zeit. Deshalb sollte man sich neue, kostspielige Projekte gut überlegen.

Teilumbau Frauengasse

Dass wir die völlige Neugestaltung des Hauptplatzes für eine Geldverschwendung halten, haben wir schon öfter dargelegt. Für nächstes Jahr sind weitere 550.000 Euro für die Innenstadtgestaltung, sowie 50.000 Euro für Innenstadtbelebung eingeplant. Im nächsten Jahr soll ein Teil der Frauengasse umgebaut werden. 215.000 Euro sind dafür veranschlagt. Auch in anderen Bereichen gibt man sehr viel Geld aus.

50.000 Euro für Stadtfest

Unter dem Titel „Projektmanagement“ werden rund 21.000 Euro mehr ausgegeben als 2017. Neu sind hier 15.000 Euro für das Hauptplatzeröffnungsfest. Zusätzlich dazu sind im außerordentlichen Haushalt noch 50.000 Euro für ein Stadtfest eingeplant - die Gemeinderatswahlen lassen grüßen.

Plus 48.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit

Die Repräsentationsausgaben steigen gegenüber 2017 um mehr als 20.000 Euro. Auch hier sind 20.000 Euro für einmalige Veranstaltungen eingeplant. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit sind gegenüber 2017 um 48.000 Euro angestiegen.

Für ein Parkleitsystem will man 30.000 Euro ausgeben, wobei sich für uns die Frage stellt, ob eine Kleinstadt wie Knittelfeld ein Parkleitsystem um 30.000 Euro braucht. Selbst in Wien sind Parkleitsysteme eher selten. Übrigens werden die zusätzlichen 40.000 Euro Ausgaben für die Kellersanierung im Haus der Vereine unter dem Titel „Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen“ versteckt.

Keine Erhöhung des Heizkostenzuschusses

Auf der einen Seite gibt man noch mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit aus oder plant ein teures Stadtfest. Alles Gelegenheiten, bei denen sich die Gemeinderatsspitze medienwirksam präsentieren kann. Auf der anderen Seite wurde eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses für MindestsicherungsbezieherInnen in der Höhe von 40 Euro abgelehnt. Das hätte jährliche Kosten von rund 5.800 Euro verursacht.

Insgesamt hat man den Eindruck, dass viele Ausgaben und Projekte dazu dienen Verkauf und Konsum anzukurbeln. Der Klimawandel bedroht die Existenz der Menschheit. Wir meinen, wir sollten darüber nachdenken wie wir es schaffen weniger zu konsumieren und weniger Energie und Ressourcen zu verbrauchen. Wir meinen diese Mittel wären sinnvoller in soziale Maßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen geflossen.

Die Ausstattung von Gebäuden mit Photovoltaik oder Wärmedämmmaßnahmen oder die Schaffung moderner Bildungsstätten wären zukunftsweisender als ein teurer neuer Hauptplatz.

Mit einer weiteren Weichenstellung, dem Verkauf der Wegwarte-Gesellschaft, sind wir nicht einverstanden. Vom Erlös vom Verkauf an einen privaten Pflegekonzern fließen 434.000 Euro in eine „Bildungsrücklage“. Rund 215.000 Euro fließen in das Haus der Vereine.

In Knittelfeld gibt es kein öffentliches Pflegeheim mehr

Mit diesem Verkauf hat sich die Gemeinde nun völlig aus der Verantwortung für die Pflege zurückgezogen. Es wurde auch nicht ins Auge gefasst den umgekehrten Weg zu gehen, nämlich das Heim wieder für die Gemeinde zurückzukaufen. So einem Projekt hätten wir gerne die Zustimmung gegeben. Mit dem Verkauf der Wegwarterechte ist nun in Knittelfeld kein einziges Pflegeheim mehr in öffentlicher Hand.

Das Budget 2019 wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen.

Krampusverteilung

Unter dem Motto:

**„Für uns wird alles immer schlechter,
bei den Reichen herrscht Freude und Gelächter.
Wir haben eine Regierung für Reiche und Konzerne
Gerechtigkeit liegt in weiter Ferne!**

**Komm Krampus mach keine Faxen
nimm sie alle mit in deiner Kraxen!“**

verteilte die KPÖ in Knittelfeld,
Spielberg und Zeltweg Schokokrampusse.



Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstraße 10, ab 17.00 Uhr

Aus dem Gemeinderat

Subvention Lerncafé Mondl

Der Gemeinderat hat eine Subvention von 5.000 Euro für das „Lerncafé Mondl“ beschlossen. Die Caritas betreibt eine Lerncafé, in dem SchülerInnen beim Lernen unterstützt werden. Eine gute Sache.

7.700 Euro Beratungskosten

Mit der Beratungsfirma „Standort + Markt“ wird für das Jahr 2019 ein Auftrag in der Höhe von 7.700 Euro plus Mehrwertsteuer abgeschlossen. Der Auftrag umfasst Marktbeobachtung und Beratung. Die KPÖ hat nicht zugestimmt. Wir sind der Meinung, dass in unserer Gemeinde zu viel Geld für den Zukauf von Fremdberatung ausgegeben wird.

Hauptplatzeinrichtung

Für den Ankauf von Hauptplatzmöblierung (Bänke, Hocker, Bepflanzung...) wurden rund 41.433 Euro exkl. MwSt. beschlossen. Die KPÖ hat aus Protest nicht zugestimmt. Denn der Gemeinderat weiß noch immer nicht, wie viel die Gesamtkosten des Hauptplatzumbaus sind.

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Hunter, der neue KPÖ-Hund

Damit er sich bei dem Wetter nicht verkühlt hat sich Hunter gut eingepackt.

„Für den Fall das ich doch einmal krank werde, muss ich mich als Hund privat versichern. Die schwarz-blaue Regierung will, dass das auch meine menschlichen BegleiterInnen müssen. Über die Krankenkassen, die weiterhin von den arbeitenden Menschen finanziert werden, bestimmt künftig die Wirtschaft, Leistungskürzungen sind vorprogrammiert. Die Menschen sollten nicht hinnehmen dass ihnen ihre öffentliche Sozialversicherung weggenommen wird.“



**Auch auf
Facebook**

BINDER

WILLKOMMEN BEI UNS! GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@binder-gmbh.at
www.binder-gmbh.at

Steiermärkische
SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at

KPÖ-StR. Renate Pacher und die KPÖ-Murtal
sind auch auf Facebook

100 Jahre KPÖ

Am 3. November 1918 wurde die KPÖ gegründet. Im Aichfeld gab es schon immer eine starke ArbeiterInnenbewegung.

Nicht umsonst lebte und arbeitete unser Parteivorsitzender und späterer Vizekanzler der Zweiten Republik, Johann Koplenig, einige Jahre in Knittelfeld. Er ging als Sozialdemokrat in den Ersten Weltkrieg und kam als Kommunist zurück und setzte sich das Ziel die KPÖ im Aichfeld aufzubauen.

Das Versprechen in Knittelfeld eine Gasse nach Johann Koplenig zu benennen, wurde immer noch nicht umgesetzt.



Die größte Leistung, die die KPÖ in ihrer Geschichte vollbracht hat, war der antifaschistische Widerstand. Viele GenossInnen haben für ein freies Österreich ihr Leben gelassen. Auch im Murtal gab es Widerstandszellen, 59 AichfelderInnen wurden hingerichtet. Dieses Denkmal erinnert an die Knittelfelder FreiheitskämpferInnen.

Wir sind stets für den Frieden eingetreten und haben uns gegen Aufrüstung gewehrt. Die Bürgerinitiative gegen

den Ankauf der Draken war jahrelang aktiv. Der Höhepunkt dieser Bewegung war 1985. Die Menschenkette, gebildet von 10.000 Menschen, verband damals die Stadt Knittelfeld mit dem Stationierungsort Zeltweg. Auch gegen den Ankauf der Eurofighter und die Airpower waren wir aktiv.



möglichkeiten durch den Privatisierungswahn verloren gegangen ist.

Auch in den Gemeinderäten ist der Geist des neoliberalen Kapitalismus längst eingezogen. Etwas dagegen auszurichten ist schwer. Neben einzelnen Erfolgen haben wir oft nur die Rolle der Aufdecker und Mahner. Aber wie überall sind Menschen, die gegen den Strom schwimmen auch in den Gemeinden wichtig.

Der Kapitalismus gefährdet durch die hemmungslose Ausbeutung von Natur und Menschen unsere Zukunft. Das macht eine KPÖ auch in Zukunft dringend nötig.



Claudia Klimt-Weithaler und Elke Kahr



Als im Aichfeld an der Mur über Grundwasser eine umstrittene Mülldeponie errichtet werden sollte, waren wir Teil der Widerstandsbewegung. Die Deponie konnte erfolgreich verhindert werden.

Wir waren vor allem in den Betrieben der Verstaatlichten Industrie gewerkschaftlich verankert. Wir wehrten uns gegen die Privatisierung, haben informiert und gewarnt. Heute spüren wir schmerzlich, wie viel an Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch den Privatisierungswahn verloren gegangen ist.



- Sind Sie auch der Meinung, dass es mit der Welt **so nicht weiter** gehen kann?
- Sind Sie **gegen Privatisierung** und Sozialabbau?
- Reicht es Ihnen** auch, dass immer nur die Gleichen profitieren?
- Interessieren** Sie sich für **Gemeindepolitik**?

Dann suchen wir genau **Sie!**

Anfang 2020 wird der Gemeinderat neu gewählt.
Kommen Sie vorbei oder **melden Sie sich** bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld oder 03512 / 82240



AK-Wahl: Wichtiger denn je

Interview mit Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger, (GLB-KPÖ)



ÖVP und FPÖ beschließen zahlreiche Verschlechterungen, Stichwort 12-Stundentag, Krankenkassen oder Arbeitslosenversicherung. Was wäre deiner Meinung nach dagegen zu tun?

Zunächst einmal gehören die arbeitenden Menschen darüber informiert, was das alles für sie bedeutet. Schließlich werden

Verschlechterungen von der Regierung oft als Verbesserung verkauft. Der Schmäh mit den angeblichen Einsparungen bei der Verwaltung ist ja schon uralt, aber er kommt immer wieder. Und dann gilt es natürlich Widerstand zu organisieren.

Stichwort angekündigter heißer Herbst?

Bis jetzt war das leider kein heißer Herbst. Gegen den 12-Stundentag gab es nur eine Großdemonstration in Wien. Der ÖGB-Steiermark hat lediglich symbolisch protestiert indem er am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes 5.000 Luftballons aufsteigen ließ. Auch nach den ersten Lohnabschlüssen ist mir nicht zum Jubeln. So gibt es bei den Metallern erst ab Juli nächsten Jahres 100 % Überstundenzuschlag als Abgeltung für die 11. und 12. Stunde.

Weg vom Herbst zum nächsten Frühjahr. Vom 28.3.-10.4.2019 finden in der Steiermark AK-Wahlen statt. Du wirst wieder als Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ antreten.

Ja, wir treten wieder mit unserem Team von derzeit vier Kammerräten an. Da ist mit Gerhard Simbürger aus dem Aichfeld auch ein Arbeiter von Stahl Judenburg wieder mit dabei. Wir möchten wie bisher diejenigen sein, die der sozialdemokratischen Mehrheit genau auf die Finger schauen und die Dinge aufzeigen, die nicht funktionieren.

Was denn konkret?

Etwa die Wohnbeihilfe. Ich erwarte mir von der AK, dass sie im Interesse der Betroffenen agiert und nicht der Landesregierung aus SPÖ und ÖVP die Mauer macht. Die AK muss sich für ihre Mitglieder einsetzen. Das heißt, auch sozialdemokratischen KammerrätInnen müssten sich gegen die von der eigenen Partei durchgeführten Verschlechterungen stellen. Das geschieht aber nicht.

Was fällt Dir zum Thema Glaubwürdigkeit ein?

Nach der Wahl sollte das gelten, was zuvor gefordert wurde. Da haben wir als Gewerkschaftlicher Links-

Was ist die Arbeiterkammer?



Die Arbeiterkammer (AK) ist die gesetzliche Vertretung der ArbeiterInnen und Angestellten. Was die wenigsten wissen: Sie ist wesentlich mehr als Beratungsstelle und Konsumentenschutz. Sie hat den Auftrag, sich gegenüber Landes- und Bundespolitik für die arbeitenden Menschen einzusetzen.

Dass das oft nur halbherzig passiert, hat die Vergangenheit gezeigt. Viel zu oft sind die sozialdemokratischen KammerfunktionärInnen vor der eigenen Partei in die Knie gegangen. Deshalb braucht es eine glaubwürdige und konsequente Kraft, die der AK-Führung und ihren Fraktionen auf die Finger klopft.

block mit der KPÖ einen verlässlichen Partner. Denn da gilt was im Wahlkampf gesagt wurde auch nach der Wahl. Andere Fraktionen haben da oft ihre Probleme.

Gibt es etwas, was du noch gerne sagen möchtest?

Ich würde mir wünschen, dass alle PolitikerInnen und auch die Spitzenfunktionäre in Arbeiterkammer* und ÖGB einmal von einem Durchschnittseinkommen leben müssten. Das würde, denke ich, einiges in der Sichtweise ändern. Bei der KPÖ gilt, wie bekannt, eine Gehaltsobergrenze. Die täte auch anderen gut.

**Der Präsident der AK-Steiermark erhält derzeit monatlich 11.163,65 Euro brutto. Die Kammerräte arbeiten ehrenamtlich.*

Arbeiterkammer-Wahl 28. März bis 10. April 2019

DENKZETTEL

gegen

Lohnkürzung
Leistungsdruck
Sozialabbau
Teuerung

GLB-KPÖ

Gewerkschaftlicher
LinksBlock



Schwimmbad- und Rathausumbau: Das Ende einer unrühmlichen Geschichte

Ein Teil eines bitteren Kapitels in unserer Gemeindegeschichte wurde nun abgeschlossen. Das Vertragsverhältnis zwischen der Gemeinde und der Sparkasse-Knittelfeld Privatstiftung bezüglich der Finanzierung des Umbaus des Rathauses und des Schwimmbades wurde aufgelöst. Eng damit verknüpft ist der Verlust über die Kontrolle der Erträge aus dem Verkauf unserer Gemeindeparkasse.

Der Grundstein zum Auflösungsbeschluss, der in der letzten Gemeinderatssitzung gefasst wurde, liegt mehr als zwanzig Jahre zurück. Eine Geschichte der gebrochenen Versprechen und der Missachtung des Gemeinderates.

Vor mehr als zwanzig Jahren stand der Umbau des Rathauskellers (damals in den Räumen der jetzigen Bibliothek) und die Sanierung unseres Schwimmbades im Raum, beides sehr kostenintensive Projekte. Deshalb wurden die Vorhaben auch breit diskutiert.

Dann wurde dem Gemeinderat vom damaligen Bürgermeister Fritz Kaufmann zugesagt, dass die Kosten aller Umbaumaßnahmen von der Sparkassen-Anteilsverwaltung getragen werden. In diesem Sinne wurden die Grundsatzbeschlüsse zur Sanierung gefasst.

Gemeinderatsprotokoll vom 17.3.1997:

Mit den Baumaßnahmen soll nach erfolgter Ausschreibung noch im Frühjahr 1997 begonnen werden. Die Gesamtkosten hiefür belaufen sich auf S 29.979.600,-- und werden zur Gänze von der Anteilsverwaltung der Sparkasse der Stadt Knittelfeld AG getragen.

Wenig später wurde dem Gemeinderat erklärt, dass die völlige Finanzierung durch die Anteilsverwaltung aus steuerlichen Gründen nicht möglich sei. Die Gesellschaft die jetzt aufgelöst wird wurde gegründet. Die Gemeinde musste nun für 20 Jahre jährlich eine Million Schilling an die Anteilsverwaltung bezahlen.

Nicht nur, dass das ursprüngliche Finanzierungsversprechen nicht eingehalten wurde, im Rechnungsabschluss des Jahres 1999 sind der KPÖ dann weitere Ausgaben aufgefallen, die von der Gemeinde bezahlt wurden. Zusätzlich zu der jährlichen Million wurden aus dem Gemeindebudget noch fast sieben Millionen Schilling an Baukosten und 500.000 Schilling an Haftungsrücklagen bezahlt.

Arroganz der Macht

Diese Baukostenübernahme erfolgte ohne eigenen Gemeinderatsbeschluss und war nur aus ein paar Zeilen im Rechnungsabschluss ersichtlich. Von uns darauf angesprochen, hielten es der damalige Bürgermeister und der Finanzreferent nicht einmal der Mühe wert zu antworten. Der Gemeinderat erhielt auch nie eine genaue Abrechnung der Projekte.

Jetzt ist der Vertrag ausgelaufen. Nun muss die Gemeinde der Sparkassen-Privatstiftung für den Rückkauf der Gebäude weitere 320.000 Euro bezahlen. Die Gemeinde hat einen wesentlichen Anteil aller Umbaukosten selbst bezahlt. Die ursprünglichen Versprechungen wurden nicht eingehalten. Vieles wurde hinter dem Rücken des Gemeinderates ausverhandelt. Das war nur möglich, weil die SPÖ die Mehrheit hatte und alle Entscheidungen allein treffen konnte.

Abschlussprotest

Die KPÖ hat den Gemeinderatsbeschlüssen zur Auflösung der Gesellschaft und zum Rückkauf der Gebäude nicht zugestimmt. Der jetzige Gemeinderat hat diese Konstruktion nicht beschlossen und hat wahrscheinlich jetzt auch keine andere Möglichkeit als die damaligen Verträge zu erfüllen. Dennoch wollten wir nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Wir verstehen unsere Ablehnung als „Abschlussprotest“.

Die Hintergründe

Die Zusage zur Kostenübernahme bei Schwimmbad und Rathauskeller und die Umwandlung des Sparkassenrates in eine Privatstiftung hängen eng zusammen.

Ursprünglich war die Knittelfelder Sparkasse eine Gemeindeparkasse. Sie wurde in Selbstverwaltung von einem Sparkassenrat geführt. Dieser wurde vom Gemeinderat bestellt. 1989 wurde die Sparkasse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Erste Anteile wurden verkauft.

1998 hat sich der Sparkassenrat selbst aufgelöst. Die verbleibenden Anteile wurden in eine Privatstiftung eingebracht. Damit verlor die Gemeinde jeden Einfluss auf die Sparkasse und die Gelder. Gemeinderat und Öffentlichkeit wurden von diesen wesentlichen Vorgängen nicht informiert.

Die letzten Anteile der Knittelfelder Sparkasse wurden an die Steiermärkische Sparkasse verkauft. Der Verkaufserlös, 12 Millionen Euro, und das Geld, das sich schon zuvor in der Stiftung befunden hat, wird nun von einem Stiftungsrat verwaltet. Dieser Stiftungsrat hat nichts mehr mit der Gemeinde zu tun, seine Mitglieder unterliegen keiner öffentlichen Kontrolle.

Andere Gemeinden haben durch den Verkauf ihrer Gemeindeparkasse viele Millionen für ihr Gemeindebudget, und damit für ihre BürgerInnen, bekommen. In Knittelfeld ging die Gemeinde durch diese besondere Stiftungs konstruktion leer aus.

Ungefähr zeitgleich zur Finanzierungszusage ging die Stiftungs konstruktion über die Bühne. Bürgermeister Fritz Kaufmann war auch Vorsitzender des Sparkassenrates. Wir vermuten die damalige Zusage (immerhin eine bedeutende Finanzausgabe zu Gunsten der Gemeinde) wurde gemacht, um diese Weichenstellungen ohne Widerstand über die Bühne bringen zu können. Die Versprechen wurden gebrochen und heute haben wir keine Gemeindeparkasse mehr.